



CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

An die Mitglieder des
CDU-Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern

Bericht des Landesgruppenvorsitzenden

Ausgabe: 20. WP/23-10
Anlass: Fraktionssitzung am 4. Juli 2023

Landesgruppe
Mecklenburg-Vorpommern

Landesgruppenvorsitzender
Philipp Amthor MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin

T 030 227 77692
F 030 227 76692

philipp.amthor@bundestag.de
www.cducusu.de

Liebe Parteifreunde, meine sehr geehrten Damen und Herren,

in der einstweilen letzten Sitzungswoche des Deutschen Bundestages vor der parlamentarischen „Sommerpause“ ging es nicht nur hitzig zu – man denke an den Eklat um den SPD-Pöbelabgeordneten –, sondern es verfestigte sich vor allem ein bitterer Befund: **Es fehlt der Ampel an politisch-handwerklichem Rüstzeug und am nötigen Respekt vor der parlamentarischen Minderheit.** Das zeigte sich zuletzt zwar immer wieder, aber in der zurückliegenden Woche ganz besonders drastisch: In einem einmaligen historischen Vorgang hat die Ampel unserer Fraktion das verfassungsmäßige **Recht auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses (Steuerskandal Scholz/Warburg)** verwehrt, wogegen wir nun vor das Bundesverfassungsgericht ziehen müssen – vor jenes Gericht, das bereits in der vergangenen Woche mit einer bemerkenswerten **Entscheidung zu Abgeordnetenrechten (Kontext: Heizungsgesetz)** das respektlose Vorgehen der **Arroganz-Ampel** gestoppt hat. Diese Gesamtlage war Anlass für eine Grundsatzrede von Friedrich Merz zum Umgang mit den Rechten der parlamentarischen Opposition. Prädikat: Empfehlenswert!

Ebenso wie beim Heizungsgesetz gilt es auch ganz allgemein: Man kann die Energiepolitik nicht ohne Rücksicht auf die Bedenken der Menschen mit der Brechstange durch das Parlament prügeln – womit wir auch bei der Diskussion um ein **LNG-Terminal vor der Insel Rügen** wären. Allen Bedenken zum Trotz und ohne ernsthafte Würdigung unserer Alternativvorschläge (Offshore-Terminal circa 20km vor Rügen) hat die Ampelkoalition das sogenannte **LNG-Beschleunigungsgesetz** am letzten Freitag abschließend durch das Parlament gedrückt. Ich habe die Gelegenheit zum Anlass für eine Rede gegen die LNG-Pläne der Bundesregierung genommen – einschließlich sehr klarer Kritik am Agieren von „Zick-Zack-Schwesig“.

Was war ansonsten noch los? Klar ist: **Kurz vor der Sommerpause werden auch die faulsten Regierungen noch fleißig!** Die näheren Details dazu finden Sie wie im **„Bericht des Landesgruppenvorsitzenden“**, den ich ebenso zur Lektüre empfehle wie auch ein „Blitz-Briefing“ zum Bundeshaushalt und ein Rundschreiben zur Fachkräfteeinwanderung (Einordnung Ampel-Beschlüsse.).



Als abschließende **Lektüreempfehlung** für die Sommerpause darf ich Sie noch auf einen Beitrag von Simone Borchart zur Gesundheitspolitik und – für die Sommerpause etwas ausführlicher – im Hinblick auf die **Kommunalpolitik** auf die Neuausgabe von „Kommunal relevant“ und auf eine ausführliche Übersicht „Kommunalpolitische Bilanz der 20. Wahlperiode“ zur Einordnung der Ampel-Politik hinweisen.

Zugleich im Namen meiner Kollegen Dietrich Monstadt und Simone Borchart bedanke ich mich für die stets sehr interessierte Lektüre unseres Newsletters und sende in Vorfreude auf zahlreiche persönliche Begegnungen in unserem schönen Mecklenburg-Vorpommern herzliche Grüßen aus der „Sommerpause“ des Deutschen Bundestages

Philipp Amthor MdB

Vorsitzender der CDU-Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern

Anlage:

- Rede von Friedrich Merz MdB zum Umgang mit der Opposition (Link)
- Rede von Philipp Amthor MdB zum LNG-Beschleunigungsgesetz (Link)
- Blitz-Briefing: Bundeshaushalt 2024 (PDF, 3 Seiten)
- Rundschreiben: Fachkräfteeinwanderung (PDF, 5 Seiten)
- Neuausgabe von „Kommunal relevant“ (PDF, 20 Seiten)
- Übersicht: Kommunalpolitische Bilanz der 20. WP (PDF, 55 Seiten)
- Beitrag von Simone Borchart MdB (PDF, 4 Seiten)



Teil 1: Kernbotschaften der Woche

Aktuelle Stunde: „Wirtschaftsstandort Deutschland in Gefahr“

Deutschland befindet sich in der Rezession. Die Wirtschaftsleistung ist in den letzten beiden Quartalen zurückgegangen. Die Indikatoren für die weitere Entwicklung sind ebenfalls negativ: Das Ifo-Geschäftsklima ist gesunken auf den niedrigsten Stand seit November 2022. Im ersten Halbjahr 2023 ist die Zahl der Unternehmensinsolvenzen stark gestiegen. Die Konjunkturprognosen erwarten für das Jahr 2023 eine sinkende Wirtschaftsleistung. Auch im internationalen Vergleich fällt Deutschland zurück. In allen vergleichbaren Staaten ist die wirtschaftliche Entwicklung – zum Teil deutlich – besser. Die Politik der Ampel-Regierung gefährdet den Wohlstand der Volkswirtschaft und der Bürger. Die steigende Zahl der Insolvenzen, die nachlassende Investitionstätigkeit in den Standort Deutschland und die hohe Inflation zeigen: Es braucht jetzt eine Wirtschaftspolitik, die nah am Menschen und nicht nah an einer politischen Ideologie ist. Aber ein beachtlicher Teil der Bundesregierung will „Wachstum“ gar nicht mehr. „Degrowth“ ist vor allem bei den Grünen nun eine vermeintlich erfolgversprechende Maßnahme zum Klimaschutz. So kann Deutschland weder seinen Wohlstand erhalten noch die Klimaziele erreichen. CDU und CSU haben im Gegensatz zur Ampel einen konkreten Plan: Mit unserer „Agenda für Deutschland“ zeigen wir auf, wie jetzt Wachstum geschaffen und Wohlstand erhalten werden kann.

NATO-Gipfel in Vilnius zum historischen Wendepunkt machen

Am 11. Und 12. Juli 2023 findet der NATO-Gipfel in Vilnius (Litauen) statt. Mit dem Angriffskrieg gegen die Ukraine hat Russland die europäische Sicherheitsarchitektur aufgekündigt und eklatant gegen das Völkerrecht verstoßen. In Vilnius stehen neben der formellen Aufnahme Finnlands in die NATO vor allem die Diskussionen über weitere militärische Unterstützung für die Ukraine, Sicherheitsgarantien und eine ukrainische NATO-Beitrittsperspektive auf der Tagesordnung. Die Bundesregierung muss den NATO-Gipfel in Vilnius nutzen, um ein starkes Signal der Zuverlässigkeit an unsere Alliierten und Partner zu senden. Nach Blockade bei der Ukraine-Unterstützung und schrumpfendem Verteidigungshaushalt muss Vilnius nun für die Bundesregierung die Trendwende markieren. Konkret bedeutet dies ein unmissverständliches Bekenntnis zum 2%-Ziel als Untergrenze der Verteidigungsausgaben, und zwar jenseits des Sondervermögens. Außerdem muss auch die weitere Westbindung der Ukraine institutionalisiert werden. Dies bedeutet die Ausarbeitung von Sicherheitsgarantien und die Einbindung in eine europäische Sicherheitsinfrastruktur, um mittelfristig einen NATO-Beitritt zu ermöglichen.



Ampel-Verweigerung zum Untersuchungsausschusses Scholz/Warburg

Bereits mit Antrag vom 19. April 2023 haben wir im Deutschen Bundestag die Einsetzung des 2. Untersuchungsausschusses der 20. Wahlperiode zum Steuerskandal Scholz-Warburg gefordert. Hintergrund: Das Agieren der Freien und Hansestadt Hamburg unter der Verantwortung des damaligen Ersten Bürgermeisters, späteren Bundesfinanzministers und jetzigen Bundeskanzlers Olaf Scholz in der Steueraffäre um die Warburg-Bank wirft schwerwiegende Fragen und Widersprüche auf. In einer Sondersitzung des Geschäftsordnungsausschusses am 4. Juli 2023 hat die Ampel-Koalition unseren Antrag auf Einsetzung des Untersuchungsausschusses allerdings abschließend abgelehnt. Diese Verweigerungshaltung der Ampel-Koalition ist ein einmaliger Vorgang in der parlamentarischen Demokratie der Bundesrepublik Deutschland. Die Ampel mit ihrer Mehrheit verweigert einer Minderheit ihr grundgesetzlich verankertes Recht. Erstmals entscheidet die Mehrheit der Abgeordneten im Deutschen Bundestag gegen die Rechte der parlamentarischen Minderheit von mehr als einem Viertel der Mitglieder des Deutschen Bundestages. Damit wird ein grundgesetzlich verankertes parlamentarisches Minderheitenrecht von der Ampel-Koalition mit den Füßen getreten. Sollte die erwartete endgültige Ablehnung erfolgen, werden wir weitere Schritte – inklusive einer Klage beim Bundesverfassungsgericht – unternehmen.

Teil 2: Die Woche im Parlament

– Initiativen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion –

Internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands im Steuerwettbewerb

In dieser Woche diskutieren wir die Antwort der Bundesregierung auf unsere Anfrage: „Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands im internationalen Steuerwettbewerb“. Deutschland verliert nach einer aktuellen Studie des Leibniz-Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) im Wettbewerb mit 20 anderen führenden Wirtschaftsnationen weiter an Wettbewerbsfähigkeit. Bisher konnte die Bundesregierung weder ein schlüssiges Konzept zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands im internationalen Steuerwettbewerb vorlegen, noch geeignete Maßnahmen dazu umsetzen. Da verwundert es nicht, dass Deutschland laut der ZEW der große Verlierer im Standortwettbewerb sei. Grund dafür seien zu viel Bürokratie, die hohe Steuerlast, hohe Energiekosten und der Arbeitskräftemangel. Deutschland könne mit Spitzenstandorten in Nordamerika, Westeuropa und Skandinavien kaum noch mithalten.



Forschung zu Long COVID ausbauen

Allein in Deutschland leiden mindestens eine Million Menschen unter den teilweise sehr belastenden Folgen einer COVID-Infektion. Die Forschung zu Long COVID, ME/CFS und Post-Vac-Syndrom ist in Deutschland bislang unzureichend. Vor allem die Betroffenen haben den Anspruch, möglichst viel über Ursache, Folgen und Behandlungsmöglichkeiten von Long COVID zu erfahren. Wir haben uns diesen Fragen in zwei Anträgen angenommen, die wir in dieser Woche abschließend beraten: „Forschung zu Long COVID, ME/CFS und Post-Vac-Syndrom in Deutschland stärken“ und „ME/CFS-Betroffenen sowie deren Angehörigen helfen – Für eine bessere Gesundheits- sowie Therapieversorgung, Aufklärung und Anerkennung“. Mit unseren Anträgen fordern wir die Bundesregierung auf, diese Forschung im Rahmen einer koordinierten Projektförderung erheblich auszubauen. Zusätzlich muss die Bundesregierung eine langfristig und breit angelegte Forschungsstrategie gegen Long COVID unter gemeinsamer Federführung des Forschungs- und des Gesundheitsministeriums nach dem Vorbild der „Nationalen Dekade gegen den Krebs“ aufsetzen. Sie muss dafür Sorge tragen, dass Erkenntnisse aus Wissenschaft und Forschung schnellstmöglich bei den Betroffenen ankommen.

MINUSMA-Einsatz der Bundeswehr (Mali) rasch und geordnet beenden

Am 30. Juni 2023 hat der UN-Sicherheitsrat die Beendigung der Mission MINUSMA in Mali bis zum Jahresende 2023 beschlossen. Damit bestätigen sich Befürchtungen unserer Fraktion, die wir bereits im Februar 2023 mit einem eigenen Antrag formuliert haben. Der Auftrag der Bundeswehr in der Mission MINUSMA war schon in den vergangenen Monaten nicht mehr sachgerecht, für die Soldatinnen und Soldaten vor Ort nicht mehr ausführbar und damit im Lichte seiner Ziele weitgehend wirkungslos. Nach dem Abzugsbeschluss des UN-Sicherheitsrates und der Abzugsforderung der malischen Regierung können wir nicht mehr davon ausgehen, dass sich die Rahmenbedingungen des Einsatzes verbessern. Ein schnellstmöglicher und geordneter Abzug unserer Soldatinnen und Soldaten ist damit dringend notwendig.

Härtefallfonds für DDR-Flüchtlinge und Spätaussiedler verbessern

Aufgrund der Systematik der Rentenüberleitung im Zuge der Wiedervereinigung wurden bestimmte Personengruppen benachteiligt – dies betrifft vor allem Menschen, die aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland geflüchtet waren. Vergleichbare Probleme traten bei Spätaussiedlern und jüdischen Zuwanderern auf. Die unionsgeführte Bundesregierung hatte im Juni 2021 eine Mrd. Euro für den Haushalt 2022 zur Verfügung gestellt, um einen Fonds zur Abmilderung von Härtefällen in der Ost-West-Rentenüberleitung,



für Spätaussiedler und jüdische Zuwanderer aufzusetzen. Die Bundesländer sollten eine weitere Mrd. Euro beisteuern, so dass eine Fondssumme von zwei Mrd. Euro insgesamt zur Verfügung gestanden hätte. Aufgrund verschiedener Änderungen durch die Ampel-Bundesregierung kam der Fonds jedoch nicht zustande. Im November 2022 wurde von der Bundesregierung eine Stiftung zur Abmilderung von Härtefällen in der Ost-West-Renten-überleitung, für Spätaussiedler und jüdische Zuwanderer beschlossen. In diesem Zuge hatten die Länder bis 31. März 2023 Gelegenheit beizutreten. Lediglich vier Länder haben diese Gelegenheit genutzt, ein weiteres Bundesland hatte seine Bereitschaft zum Beitritt erklärt. Dies führt zu einer unterschiedlichen Behandlung der Betroffenen je nach Bundesland. Zudem gilt für die hochbetagten Betroffenen eine Antragsfrist bis 30. September 2023. Mit unserem Antrag fordern wir, die Beitrittsfrist für die Länder zu verlängern und weitere Verhandlungen zu führen, um ein höheres Fondsvolumen zu erreichen. Falls Verhandlungen mit den Ländern scheitern, soll der Bund das Fondsvolumen selbstständig auf insgesamt eine Milliarde Euro erhöhen. Die Antragsfrist für hochbetagte Betroffene soll um mindestens ein Jahr verlängert und Informations- und Beratungsangebote deutlich ausgebaut werden.

Güterverkehrs- und Logistikbranche aus der Krise führen

Die Güterverkehrs- und Logistikbranche befindet sich seit Beginn der Corona-Pandemie in einer schweren Krise. Ging es zunächst darum, die Lieferketten und die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, rücken nun andere Themen in den Blick der Öffentlichkeit: Durch den Zustand der Infrastruktur sind die Kapazitäten vielerorts weiter eingeschränkt. Dies betrifft insbesondere die Straßen- und Schienen-Infrastruktur, die durch den zunehmenden Verkehr überlastet sind. Auch die Wasserstraßen sind durch das extreme Niedrigwasser in diesem Sommer betroffen. Hinzu kommen die gestiegenen Energiepreise, die alle Verkehrsträger betreffen. In unserem Antrag – den wir in dieser Woche abschließend im Plenum debattieren – bringen wir 11 Forderungen mit dem Schwerpunkt Straßengüterverkehr vor und fordern die Bundesregierung auf, mehr zu tun, um den betroffenen Unternehmen zu helfen und die Lieferketten zu stabilisieren.

Zukunft der maritimen Wirtschaft sichern

Am 14. Und 15. September 2023 findet die Nationale Maritime Konferenz in Bremen statt. Aus diesem Anlass richten wir in unserem Antrag, den wir in erster Lesung beraten, einen umfassenden Forderungskatalog zur Stärkung der Maritimen Wirtschaft an die Bundesregierung. Hierzu zählen Maßnahmen in den Bereichen Häfen und Logistik, Fischerei, Maritimes Personal, Schiffbau, Schifffahrt sowie Offshore-Windenergie. Mit unserem Antrag unterstreichen



wir die Bedeutung der maritimen Wirtschaft für die deutsche Wirtschaft insgesamt. Wir zeigen sowohl strukturelle als auch spezifische Herausforderungen der Branche sowie auch Maßnahmen zur Bewältigung dieser Herausforderungen auf.

Verbesserungsvorschläge für den Bevölkerungsschutz

Zum zweiten Jahrestag der Flut im Ahrtal debattieren wir unseren Antrag „Aus den Krisen lernen – Für einen starken Bevölkerungsschutz“ abschließend im Plenum. Bereits im vergangenen Jahr – ein Jahr nach der Starkregenflut am 14. und 15. Juli 2021 im südlichen Nordrhein-Westfalen und im Ahrtal – haben wir diesen Antrag mit Verbesserungsvorschlägen für den Bevölkerungsschutz in Deutschland vorgelegt. Flut, Corona und der Krieg gegen die Ukraine haben gezeigt: Im deutschen Bevölkerungsschutz gibt es Modernisierungsbedarf. Wir legen 10 Forderungen vor, um den föderalen Bevölkerungsschutz – bestehend aus Zivilschutz (Bund) und Katastrophenschutz (Länder) – zu stärken. Hervorzuheben ist die Idee der „zivilen Reserve“, die bereits in unserem Positionspapier „Neustaat“ vom 8. Juni 2021 (Punkt 39) enthalten war. Es geht uns um eine freiwillige „Grundausbildung im Bevölkerungsschutz“ sowie um die bessere Koordinierung von Spontanhelfern in Krisenlagen. So können wir die personelle Durchhaltefähigkeit der Hilfsorganisationen, die Nachwuchsgewinnung und die Resilienz in der Bevölkerung insgesamt erhöhen.

Klimaanpassung forcieren – Wohlstand in Deutschland zu sichern

Mit unserem Antrag „Klimaanpassung forcieren“ greifen wir das wichtige Thema der Klimaanpassung auf. Klimaanpassung ist neben der direkten Einsparung von CO₂ ein wichtiger Pfeiler der Klimaschutzpolitik. Aufgrund der unvermeidlichen Folgen des Klimawandels müssen sich Gesellschaften noch besser vorbereiten, um die Menschen, die Natur sowie die Infrastrukturen zu schützen. Es gilt, widerstandsfähiger zu werden und dadurch den erreichten Wohlstand in Deutschland zu sichern. Mit der Initiative greifen wir einen umweltpolitischen Schwerpunkt des gemeinsamen Regierungsprogramms von CDU und CSU aus dem Jahr 2021 auf. Mit unserem Antrag wollen wir die Bundesregierung endlich in den Handlungsmodus bringen. Das „Sofortprogramm Klimaanpassung“ von Umweltministerin Lemke reicht nicht aus. Wir haben unseren Antrag bereits im April 2022 und damit weit vor dem Beschluss der Bundesregierung zum Klimaanpassungsgesetz in den Bundestag eingebracht. Aus Anlass des zweiten Jahrestages der Flutkatastrophe im Ahrtal werden wir den Antrag erneut im Plenum debattieren.



– Regierungsinitiativen und Plenargeschehen im Übrigen –

Gesetz zur Modernisierung des Pass-, Ausweis- und ausländerrechtlichen Dokumentenwesens (Regierungsentwurf)

Wichtigste Regelung in diesem Gesetzespaket ist: Der Kinderreisepass soll künftig abgeschafft werden. Stattdessen kann ein elektronischer Reisepass beantragt werden. Dieser hätte zwar eine längere Gültigkeitsdauer und Nutzungsmöglichkeit für weltweite Reisen, er ist jedoch auch deutlich teurer und die Ausstellung dauert länger. Wir lehnen diese Änderungen ab.

Gesetz zur Verbesserung des Klimaschutzes beim Immissionsschutz, zur Beschleunigung immissionsschutzrechtlicher Genehmigungsverfahren und zur Umsetzung von EU-Recht (Regierungsentwurf)

In erster Lesung beraten wir in dieser Woche einen Gesetzentwurf der Bundesregierung, mit dem das Genehmigungsverfahren immissionsschutzrechtlicher Anlagen, insbesondere auch von Erneuerbarer Energien-Anlagen, beschleunigt werden soll. Der Entwurf soll dazu beitragen, die im Bundes-Klimaschutzgesetz festgelegte Klimaneutralität zu erreichen. Hierzu sieht der Entwurf verschiedene Anpassungen im Bundes-Immissionsschutzgesetz und der Verordnung zur Durchführung des Genehmigungsverfahrens (9. BImSchV) vor. Beispielsweise soll Anlagenbetreibern das Nachreichen von Unterlagen im Genehmigungsverfahren erleichtert werden und eine Verlängerung der Genehmigungsfristen durch die Behörde nicht mehr unbeschränkt möglich sein. Daneben werden vor allem auch das Repowering erleichtert und die Rolle des Projektmanagers gestärkt. Aus unserer Sicht gehen diese Regelungen nicht weit genug: Die Bundesregierung beschränkt die Beschleunigung der Genehmigungsverfahren wieder einmal auf den Ausbau der erneuerbaren Energien. Für uns geht es aber auch darum, eine Beschleunigung von darüber hinaus gehenden Genehmigungsverfahren, z.B. die im Sinne des Umweltschutzes notwendige Erweiterung von Industrieanlagen, zu erreichen.

* * *